

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei)
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 698 bis 707:

für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. ~~Wir wollen eine EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik. Anstatt immer mehr Geld in nationale, militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut, sollten militärische Fähigkeiten gebündelt und allgemein anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür ist eine geeignete Ausstattung, der Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-Kommandostruktur nötig.~~ Wir wollen eine EU-Sicherheits- und Verteidigungsunion friedenspolitisch ausrichten mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik. Anstatt immer mehr Geld in nationale, militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte Deutschland vorangehen und sich europaweit für Abrüstung einsetzen. Das rechtliche nicht verbindliche 2%-Prozent-Ziel der NATO lehnen wir ab. Europäische Aufrüstung durch die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) und den EU-Verteidigungsfonds (EVF) lehnen wir ab. Militärische Fähigkeiten der EU müssen auf die reine europäische Landesverteidigung ausgerichtet sein sowie bei Bedarf die UN unterstützen und einer strengen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen. Die Umwidmung ziviler Gelder aus dem EU-Haushalt für militärische Zwecke lehnen wir ab.

Begründung

Ich habe den ÄA PB.I-01-699 von Martin Pilgram und den 25 Unterstützenden übernommen (danke dafür) und an 2 Punkten geändert: Das Wort "Europäische Armee" durch Militärische Fähigkeiten der EU ersetzt und in seinem letzten Satz "... auf die reine europäische Landesverteidigung ausgerichtet sein" ergänzt mit: und bei Bedarf die UN unterstützen "und einer strengen Kontrolle ...". Der Begriff "Europäische Armee" ist mir zu sehr von widerstreitenden Interessen geprägt und es ist unklar, was sich letztlich darunter fassen lässt. Es bleibt eine gewisse Unschärfe, was europäische militärische Fähigkeiten jenseits von PESCO sein können. Es geht um die Einleitung eines Prozesses und Weiterführung der letztlich zu Abrüstung bei gleichzeitiger Fähigkeit zur Verteidigung der Landesgrenzen der EU führt. Für die kommende Legislatur wäre ein Kompass in diesen Dingen: Rückbau von nationalen Parallelstrukturen, Vereinheitlichung von Waffensystem usw. immer gekoppelt mit einem Rückgang der nationalen Rüstungsausgaben. Das heisst letztlich auch auf lange Sicht der Rückbau von militärisch industrieller Struktur in Europa. Die Ergänzung von "... bei Bedarf die UN unterstützen..." soll aktuell uA die UN bei Blauhelmeinsätzen unterstützen. Und einen Weg skizzieren, weg von den grossen militärischen Machtblöcken hin zu einer Art "Weltpolizei der UN." So dass das Ziel einer Welt ohne Waffen nicht aus den Augen verloren wird.

weitere Antragsteller*innen

Andreas Müller (KV Essen); Stephan Wiese (KV Lübeck); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Gerhard Klünder (KV Warendorf); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Luiz Ramalho (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Dietmar Günther (KV Dresden); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Walther Moser (Freiburg KV); Jennifer Christina Menninger (KV Berlin-Pankow); Dorian David Plicht (KV Berlin-Kreisfrei); Heinz Zemke (KV Braunschweig); Reinhard Bayer (KV Gießen); Olaf Weber (KV Weimar-Stadt); Heiko Kohl (KV Havelland); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf)